

Conference

"Confronting Anti-Gypsyism: The Role of political leaders in countering discrimination, racism, hate crimes and violence against Roma and Sinti Communities"

**Rede von Europa-Staatsminister
Michael Roth**

6. September 2016
Auswärtiges Amt, Berlin

-- es gilt das gesprochene Wort --

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich Willkommen im Europasaal des Auswärtigen Amts! Ein großes Dankeschön möchte ich an den Zentralrat der Sinti und Roma, ODIHR und den Europarat richten, dass wir uns heute einem Thema widmen, das mir auch persönlich ganz besonders am Herzen liegt.

Es ist aber auch ein Thema, dem wir noch viel, viel mehr Beachtung schenken müssten. Alleine schon die Tatsache, dass das Wort „Antiziganismus“ dem Textprogramm Word nicht bekannt ist und als Fehler markiert wird, spricht eigentlich schon Bände. Das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit für die Diskriminierung der größten ethnischen Minderheit Europas ist offenkundig immer noch ziemlich unterentwickelt.

Ich erinnere mich an eine Diskussion in der Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz, in der der folgende Satz fiel: „Selbst wenn man es als Roma geschafft hat, so wird man sich dennoch nicht offen zu seiner Herkunft bekennen.“ Das hat mich sehr nachdenklich gestimmt.

Denn dieser Satz verdeutlicht doch, wie tief Vorurteile und Ressentiments gegenüber der Roma-Minderheit in unserer Mehrheitsgesellschaft verankert sind.

Die EU preist sich als Ort gelebter Vielfalt und Toleranz. Als Wertegemeinschaft haben wir uns dem Schutz der Grundwerte verschrieben – für alle Menschen, ohne Wenn und Aber. Wir müssen uns selbst daran messen lassen, wie wir in Europa mit Minderheiten umgehen.

Der Platz von Sinti und Roma, die unseren Kontinent seit Jahrhunderten bereichern, ist in der Mitte, nicht am Rand unserer Gesellschaft. Doch wie können wir ein neues Miteinander

fördern, das den Sinti und Roma endlich das zuteilwerden lässt, was ihnen zusteht – nämlich Würde, Achtung und die faire Chance auf ein selbstbestimmtes Leben?

Dafür genügt es nicht, nur soziale Programme aufzulegen und den Zugang zu Infrastruktur, Bildung oder Gesundheitswesen zu verbessern. Auch unsere Mehrheitsgesellschaft muss sich ändern, damit die weit verbreiteten Vorurteile gegen die größte Minderheit Europas endlich verschwinden. Inklusion ist eben keine Einbahnstraße.

Deutschland mit seiner wechselhaften Geschichte steht hier in besonderer Verantwortung. Denn die über Jahrhunderte andauernde Ausgrenzung von Sinti und Roma fand im nationalsozialistischen Deutschland ihren barbarischen Höhepunkt.

Rechtzeitig zu den Olympischen Sommerspielen 1936 sollte Berlin „zigeunerfrei“ werden – was für eine abscheuliche, menschenverachtende Idee! Damals gab Reichsinnenminister Frick dem Berliner Polizeipräsidenten den Auftrag, einen „Landesfahndungstag nach Zigeunern“ durchzuführen und alle jene, die von den Behörden als „Zigeuner“ betrachtet wurden, festzunehmen und in einem Lager außerhalb der Stadt zu internieren.

Die 600 Männer, Frauen und Kinder aus dem Zwangslager in Marzahn wurden später nach Auschwitz-Birkenau deportiert und dort ermordet.

Der Holocaust vernichtete die Leben von einer halben Million Sinti und Roma. Zurecht sprechen Viele vom vergessenen Holocaust, denn noch immer sind diese Verbrechen nicht überall in Europa bekannt. Selbstverständlich müssen und wollen wir die Erinnerung bewahren. Nicht nur als Selbstzweck, sondern vor allem auch, um daraus Lehren für eine bessere Zukunft zu ziehen. Zukunft braucht Erinnerung - beides gehört für mich untrennbar zusammen.

Antiziganismus ist mitnichten ein Problem von gestern, er ist auch heute noch tief in unseren Gesellschaften verwurzelt – auch hier bei uns in Deutschland. Nach einer aktuellen Studie der Universität Leipzig hätten fast 60 Prozent der Befragten in Deutschland ein Problem damit, wenn Sinti und Roma in ihrer Nähe wohnen. Knapp die Hälfte der Befragten ist dafür, dass Sinti und Roma aus den Innenstädten verbannt werden sollten.

Und 58 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Sinti und Roma besonders zu Kriminalität neigen. Das sind beunruhigende Zahlen, die deutlich machen, wie stark Stereotype und Klischees in unserer Gesellschaft immer noch verankert sind.

Umso wichtiger ist, dass sich alle demokratischen Kräfte dieser offenen Diskriminierung und Stigmatisierung entschieden entgegenstellen. Wir dürfen nicht wegschauen, wenn Menschen ohne Perspektive in ärmsten Verhältnissen und von der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen leben müssen. Das ist nicht nur vor dem Hintergrund des erschreckenden Erfolgs der AfD bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am vergangenen Sonntag unsere Pflicht als Demokratinnen und Demokraten.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich glücklicherweise vieles zum Guten gewandelt, um die Lebensbedingungen der Sinti und Roma zu verbessern – in Deutschland, in der Europäischen Union, aber auch im Rahmen des Europarates und der OSZE.

Auch in Deutschland hat sich die Politik lange Zeit sehr schwer damit getan, entschlossen gegen den Antiziganismus vorzugehen. Erst 1982 erkannte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt offiziell an, dass es sich bei den Verbrechen durch das nationalsozialistische Deutschland an den Sinti und Roma um einen Völkermord gehandelt hat.

Seit 1982 gibt es das Dokumentations- und Kulturzentrum in Heidelberg. Im selben Jahr wurde auch der Zentralrat der Sinti und Roma gegründet, der seit 2015 auch mit einem Büro in Berlin vertreten ist. Sie, lieber Romani Rose, haben entscheidenden Anteil daran, dass die bürgerrechtlichen und politischen Interessen der Sinti und Roma in Deutschland seither konsequent vertreten werden. Seit 45 Jahren kämpfen Sie für diese Rechte und haben seitdem viel erreicht. Vielen Dank für Ihren unermüdlichen Einsatz!

Seit 1995 sind Sinti und Roma auch vor dem deutschen Gesetz als nationale Minderheit mit eigener Minderheitensprache anerkannt.

Am 27. Januar 2011 sprach mit Soni Weisz anlässlich des Holocaustgedenktagess erstmals ein Vertreter der Sinti und Roma im Deutschen Bundestag: Seine Familie war ins Konzentrationslager nach Auschwitz-Birkenau deportiert und dort ermordet worden – er überlebte als einziger.

Im Oktober 2012 – 30 Jahre nach der Anerkennung des Völkermords durch die Bundesregierung – wurde im Tiergarten in Berlin das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas eröffnet. Das Denkmal ist ein Bekenntnis der deutschen Politik und Gesellschaft: Wir stehen zu unserer Geschichte. Und wir wollen unserer Verantwortung gegenüber den heute in Europa lebenden 12 Millionen Sinti und Roma gerecht werden!

Wir brauchen diese Symbole ebenso wie die historische Aufarbeitung. Deshalb befürworte ich auch wie Sie, lieber Romani Rose, die Einrichtung einer unabhängigen Expertenkommission zur Bekämpfung von Antiziganismus durch den Deutschen Bundestag. In Norwegen hat eine solche unabhängige Kommission bereits einen umfassenden Bericht über den Umgang mit der Roma-Minderheit im eigenen Land vorgelegt. Bei meinem Besuch in Oslo habe ich mir einen persönlichen Eindruck von der wichtigen Arbeit der Kommission gemacht. Das norwegische Vorbild braucht noch viel mehr Nachahmer. Denn beim Umgang mit dem Antiziganismus können wir in Europa alle noch voneinander und miteinander lernen!

Ein ganz wichtiges Forum ist dabei der Europarat, der sich bereits seit langem der Förderung der Inklusion der Roma verschrieben hat.

Ein Meilenstein war dabei die „Straßburger Erklärung zur Lage der Roma in Europa“ vom Oktober 2010, durch die der Europarat seine Aktivitäten zum Schutz und zur Förderung der Rechte der Roma strategisch ausgerichtet hat.

Dazu gehören neben der grundlegenden Europäischen Menschenrechtskonvention auch das „Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten“, die „Europäische Sozialcharta“ sowie die „Europäische Kommission gegen Rassismus und

Intoleranz“. Die regelmäßigen Berichte und Stellungnahmen zeigen Defizite auf, legen damit immer wieder den Finger in die Wunde und schlagen konkrete Empfehlungen vor.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte spielt für die Anerkennung und Durchsetzung der Rechte der Roma auf der Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonvention eine entscheidende Rolle. Das Gericht hat in den vergangenen Jahren in einer Vielzahl von Entscheidungen die Verletzung von Roma-Rechten festgestellt und jeweils nachhaltige Abhilfe eingefordert.

Wenn jetzt noch alle Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Roma-Fragen durch die Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt würden, dann wären einige Missstände beseitigt. Das ist leider noch nicht der Fall.

Lieber Generalsekretär Thorbjörn Jagland, ich möchte Ihr großes Roma-Engagement heute hier im Namen der gesamten Bundesregierung ganz ausdrücklich würdigen. Sie haben sich maßgeblich für die baldige Einrichtung eines „Europäischen Roma-Instituts für Kunst und Kultur“ (ERIAC) eingesetzt.

Eine wesentliche Stärke Europas liegt in seiner kulturellen Vielfalt. Und die Kunst und Kultur der Roma gehört nicht nur irgendwie dazu. Sie bereichern diese Vielfalt ganz maßgeblich. Deshalb freue ich mich sehr, dass ERIAC seinen Sitz in Berlin haben wird. Ich wünsche mir sehr, dass ERIAC hoffentlich noch in diesem Jahr seine Arbeit aufnehmen kann.

Die Bundesregierung wird ERIAC nach besten Kräften unterstützen. Gleichwohl liegt auch auf der Hand: ERIAC ist keine deutsche Einrichtung. Vielmehr geht ERIAC alle Mitgliedstaaten des Europarats an, braucht deren Wohlwollen sowie politische und finanzielle Unterstützung, damit es zu einer echten Erfolgsgeschichte werden kann.

Neben dem Europarat hat sich auch die Europäische Union in ganz besonderer Weise der Vielfalt und dem Schutz von Minderheiten verschrieben. Denn die EU ist eben nicht in erster Linie ein reiner Binnenmarkt, sie ist zuerst und vor allem eine Wertegemeinschaft.

Die Stärke unserer offenen, inklusiven Gesellschaften zeigt sich insbesondere darin, dass Minderheiten in einer Mehrheitsgesellschaft ebenbürtig leben, respektiert werden und sich in ihr gleichberechtigt entfalten können – ohne die Achtung ihrer eigenen Kultur zu verlieren und ohne ihre eigenen Wurzeln leugnen zu müssen.

Es gibt in der EU mittlerweile eine Roma-Strategie, die die Inklusion von Roma und Sinti in Wirtschaft und Gesellschaft weiter in den Vordergrund gerückt hat. Regelmäßig finden EU-Roma-Gipfel statt, bei denen Vertreterinnen und Vertreter von EU-Institutionen, nationalen Regierungen und Parlamenten, Gemeinden und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen kommen.

Sowohl die EU-Kommission als auch die Grundrechteagentur der EU nehmen mittlerweile die Lage der Sinti und Roma in den EU-Mitgliedstaaten besonders in den Blick.

Auch das Europäische Parlament hat anlässlich des Internationalen Roma-Tags am 8. April 2015 eine Resolution zur Bekämpfung von Antiziganismus und der Anerkennung eines Gedenktages an den Völkermord an den Roma verabschiedet.

Ganz besonders freue ich mich, dass wir heute mit Dir, liebe Soraya Post, auch eine gewählte Roma-Vertreterin aus dem Europäischen Parlament bei uns haben. Noch viel zu selten sind Sinti und Roma selbst Abgeordnete oder stehen in politischer Verantwortung. Du, liebe Soraya, bist Vorbild und Ermutigung zugleich für ganz viele Roma in ganz Europa. Wir brauchen noch viel mehr Sinti und Rima, die sich mit ihren Ideen und Taten aktiv in Politik, Kultur, Medien und Wissenschaft einbringen wollen. Laden wir sie ein, ermuntern wir sie, Verantwortung in unserer Gesellschaft zu übernehmen. Wir brauchen Sie, liebe Roma, in Parlamenten und Regierungen, Behörden und Verwaltungen!

Großes Engagement für die Rechte der Sinti und Roma erlebe ich auch vonseiten der OSZE. Die OSZE hat bereits 1990 die schwierige Lage der Sinti und Roma in Europa erkannt und sich verpflichtet, gegen Rassismus und Diskriminierung entschieden vorzugehen. Mit ihrem Aktionsplan zur Verbesserung der Situation der Sinti und Roma von 2003 hat sie ein positives Zeichen für die Roma-Rechte gesetzt.

In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat die OSZE ihr Engagement zur Bekämpfung des Antiziganismus ausgebaut. ODIHR, das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, wurde vom OSZE-Ministerrat beauftragt, Informationen zu diskriminierender Gesetzgebung und Bildungsprogrammen in den Teilnehmerstaaten aufzuzeigen und „best practice“-Modelle zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung zu verbreiten.

Der Bundesregierung ist es in ihrer Rolle als derzeitiger OSZE-Vorsitz besonders wichtig, positive Ansätze zur Bekämpfung von Antiziganismus aufzuzeigen und zu verbreiten. Ich danke Dir, lieber Michael Link, ganz besonders für das großartige Engagement von ODIHR in diesem Bereich. Ich schätze sehr, dass die OSZE insbesondere mit Jugendlichen zusammenarbeitet und sie dabei unterstützt, sich ihrer Identität als Sinti und Roma, als Bürgerinnen und Bürger eines demokratischen Europas bewusst zu sein.

Es sind ja gerade die Begegnungen und Gespräche mit Jugendlichen, die mich hoffnungsfroh stimmen. Im August 2014 hatte ich die Gelegenheit, in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz mit jungen Erwachsenen aus Deutschland, Polen und der Gruppe der Roma und Sinti zu sprechen. Projekte mit Jugendlichen tragen in besonderer Weise dem Gedenken und der Überwindung von Vorurteilen und Ausgrenzung Rechnung. Deshalb liegen sie mir ganz besonders am Herzen.

So kann es gelingen, dass wir die Kultur der Sinti und Roma vom Rand in die Mitte unserer Gesellschaft holen, wo sie ihren Platz haben sollte. Ihre Kunst, Tradition, Sprache müssen der Mehrheitsgesellschaft zugänglich sein, denn sie sind seit Jahrhunderten fester Teil von Europa. Unsere Arbeit ist erst dann getan, wenn sich niemand mehr schämen oder fürchten muss, öffentlich zu bekennen, dass er Roma ist.